

Christopher Dashwood / Kay Möller (Hrsg.)

North Korean Scenarios (1999-2003) and Responses of the European Union

Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, Band 60/5

Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen

Nomos-Verlag, Baden-Baden, 1999, 133 S., DM 26,--

Im Rahmen der aufgrund einer Initiative der EU-Kommission vom Januar 1997 entstandenen Publikationsreihe "Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik" haben Christopher Dashwood und Kay Möller diese Sammlung von sieben Aufsätzen herausgegeben und der EU als Grundlage für eine europäische Nordkoreapolitik vorgelegt. Dabei analysieren vier Beiträge die Rahmenbedingungen, also die mögliche innere Entwicklung Nordkoreas bis 2003 mit ihren Auswirkungen auf das regionale und internationale Umfeld, während drei versuchen, europäische politische Antworten auf diese möglichen Entwicklungen herauszuarbeiten.

Wie man sieht, ist dies ein ziemlich spekulatives Unterfangen. Da es sich aber bei den Autoren um ausgewiesene Fachleute handelt, die zudem in der Analyse weitgehend übereinstimmen, erhält man hier einen gut fundierten Erwartungshorizont, an Hand dessen man dann den tatsächlichen Ablauf besser wird beurteilen und – zumindest was die eigentlichen Adressaten betrifft – beeinflussen können.

Kyongsoo Lho (Seoul) stellt in seinem einleitenden Beitrag "The Democratic People's Republic of Korea in 2003: Soft Landing or Collapse" fest, Südkorea und die USA hätten ihre Politik zu sehr von einer irrationalen Furcht vor nordkoreanischer Aggression bestimmen lassen und seien so – noch verstärkt durch mangelhafte Koordination – zu Handlangern der Erpressungspolitik der nordkoreanischen Führung geworden: Hilfeleistungen ohne konkrete Gegenleistungen ermöglichten dieser ein Weiterwursteln (*muddling through*) ohne wirkliche Reformen und verhinderten geradezu die "weiche Landung", die sie herbeiführen sollten. Aus US-amerikanischer Sicht schlägt *Larry A. Nixsch* (Washington) in die gleiche Kerbe: In "US Policy towards North Korea: The Agreed Framework's Fading Prospects and a Look at Alternative Policies" führt er anhand zahlreicher Belege aus, daß die US-Unterhändler 1994 davon ausgingen, die US-Verpflichtungen aus dem Rahmenabkommen (Technologie für Leichtwasserreaktoren usw.) nie erfüllen zu müssen, da das nordkoreanische System vorher zusammenbrechen werde! Nach etwa zwei Jahren seien die Erwartungen angesichts des nuklearen und Raketen-Drohpotentials ins Gegenteil umgeschlagen, und nun ermögliche man dem Regime durch Lieferungen ohne nennenswerte Gegenleistungen ein Überleben ohne Reformen. Erforderlich sei dagegen eine ergebnisorientierte Politik mittels "*reciprocity-based diplomacy*". Nordkoreanische Kurzschlußreaktionen seien nicht zu erwarten.

Mit den innerkoreanischen Perspektiven setzt sich *Marcus Noland* (Washington) in "Domestic Aspects of Korean Unification" auseinander. Da das Verhältnis der Einwohnerzahl Nordkoreas zu Südkorea ungünstiger sei als im deutschen Fall (etwa 1:2), andererseits das Wohlstandsgefälle noch krasser (Prokopfeinkommen Nord : Süd etwa 1:8 bis 1:12!),

werde sich Südkorea im Falle der Wiedervereinigung Herausforderungen stellen müssen, die es aus eigener Kraft nicht bewältigen könne: Ohne Kapitaltransfer in den Norden müßte mindestens drei Viertel der dortigen Bevölkerung in den Süden wandern, um ein wirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen. Wollte man dies verhindern, seien Investitionen von 1 Billion US\$ erforderlich, die Südkorea nicht aufbringen könne. Positiv sei nur zu vermerken, daß die Südkoreaner aus den Fehlern der Deutschen bei ihrer Wiedervereinigung – laut Noland aus der Sicht amerikanischer Beobachter ein "kostspieliger Fehlschlag"! – lernen könnten und daß in Südkorea die Regierung die Wirtschaft – vor allem die "*chaebol*" – eher zu einer politisch gewollten Investitionspolitik bringen könne, als dies in Deutschland möglich war. So seien realisierbare Zwischenlösungen zwischen den ange deuteten Extrempositionen denkbar.

Der erste Teil schließt dann mit dem Beitrag von *Narushige Michishita* (Tokyo), "Regional Aspects of Korean Reunification: Focusing on Strategic Issues". Darin schildert er die wahrscheinlichen Reaktionen der USA, China und Japans auf fünf mögliche Szenarien der koreanischen Entwicklung: Ein Fortbestehen der Teilung mit Konfrontation (1) sei zwar unbefriedigend, aber für die Anrainer am bequemsten, weil man die bisherige Politik nur fortzuschreiben brauche. Fortbestehende Teilung ohne Konfrontation (2) biete zwar manche Vorteile (Möglichkeit der Abrüstung!), sei aber in sich instabil, da die nordkoreanische Führung ihre Legitimation aus der "Bedrohung aus dem Süden" verlöre. Ein mit den USA verbündetes vereinigtes Korea (3) sei für China schwer verdaulich und werde wohl nur bei erheblichen Zugeständnissen der Gewinner USA und Japan akzeptiert werden. Ein bündnisfreies vereinigtes Korea (4) sei zwar für alle akzeptabel, würde aber die Nachbarn zur Einmischung geradezu herausfordern. Ein mit China verbündetes vereinigtes Korea (5) schließlich sei für die USA bei entsprechenden Sicherheitsgarantien vielleicht gerade noch hinnehmbar, nicht aber für Japan.

Den europapolitischen Teil eröffnet der Mitherausgeber *Kay Möller* (Ebenhausen) mit "Europe and the Korean Problem: Nine Propositions". Die im Titel angesprochenen neun Vorschläge laufen im Grunde auf einen einzigen hinaus: Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten ihre Beziehungen zu Nordkorea nicht mehr wie bisher unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten, sondern den engen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und politischen – auch sicherheitspolitischen – Problemen der Region berücksichtigen. Hierbei sei ein enger Kontakt zu Moskau, Peking und Tokyo zwar unerlässlich, doch solle sich Europa dabei niemals gegen die Interessen Südkoreas oder der USA ausspielen lassen. Zwei wichtige Einzelprobleme greift *Reinhard Drifte* (Newcastle) in "The EU, KEDO, and Humanitarian Aid" heraus. Diese stellt er in den Zusammenhang einmal mit dem Asienpapier der EU von 1994, zum anderen aber mit dem Gesamtbereich der europäischen Beziehungen zu den USA und Japan. Anders als die anderen Autoren hält er den gegenwärtigen politischen Ansatz, erstens Engagement in der KEDO (Leichtwasserreaktoren) zum Beweis der sicherheitspolitischen Verantwortung Europas über das nur marginale wirtschaftliche Interesse hinaus und, zweitens, humanitäre Hilfe einschließlich landwirtschaftlicher Strukturreform, für grundsätzlich richtig. Er müsse nur konsequent durch-

gehalten werden, um Nordkorea bis zum zwar programmierten, aber zeitlich nicht bestimm-
baren Zusammenbruch seines Systems überlebensfähig und politisch einigermaßen kalku-
lierbar zu halten.

Im abschließenden Beitrag "Perspectives for an EU Policy on North Korea" stellt *Hanns W. Maull* (Trier) einleitend fest, daß weder die EU noch ihre Mitgliedsstaaten eine solche Politik hätten und stellt die provokante Frage, ob sie überhaupt eine brauchten. Er bejaht sie im Hinblick auf die engen Beziehungen zu den USA, Südkorea und Japan und auf das sicherheitspolitische Interesse Europas an Stabilität in Nordostasien. Diese Politik könne nur in der Unterstützung der Hauptakteure Südkorea und USA bestehen, habe aber durch-
aus die Möglichkeit, ggf. sogar die Verpflichtung, die US-Regierung gegenüber ihrem eigenen Kongreß zu unterstützen. In der Sache befürwortet Maull ein weiteres Engagement in der KEDO, eine Fortführung der humanitären Hilfe aber nur dann, wenn Nordkorea die Transparenz der Verteilung gewährleiste.

Bedauerlicherweise leidet die verdienstvolle Studie an einer Häufung typographischer Fehlleistungen, unter denen die Verwechslung gleichklingender Worte unterschiedlicher Bedeutung und das Stehenbleiben alternativer Formulierungen in einem Satz besonders auffallen: "Know one" statt "no one" (S. 61) ist ein besonders markantes Beispiel, und die Verwendung von "to", "two" und "too" scheint eher der Zufallskurve als der Bedeutung zu folgen (z.B. S. 60). Und was soll man von Formulierungen halten wie "... there this scenarios also has are some negative aspects ..." (S. 77) oder "... living off of the foreign currency earned ..." (S. 177) ?! Hierdurch werden Lesbarkeit und Verständnis erheblich erschwert, was vor allem in Hinblick auf die eigentlichen Adressaten kontraproduktiv ist: Dies sind ja nicht interessierte Beobachter, sondern politische Entscheidungsträger, die wahrscheinlich dazu neigen, eine so mangelhafte Vorlage verärgert beiseite zu legen, statt durch die unvollkommene Form zum beherzigenswerten Inhalt vorzudringen.

Karl Leuteritz